

Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 301 (2022)

Rubrik: Blick in die Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Nach 2020 wird auch 2021 als «Coronajahr» in Erinnerung bleiben. Ein Ende der Pandemie war im Frühsommer 2021 noch immer nicht abzusehen. Andert-halb Jahre nach ihrem ersten Auftreten glich die Eindämmung weiterhin einem Tasten im Nebel. Einziger Lichtblick war die rasche Entwicklung von Impfstoffen, die mittelfristig eine Überwindung der Seuche verheissen.

Laut offiziellen Statistiken überstieg die Zahl der an Covid-19 verstorbenen Personen Anfang Mai 2021 drei Millionen. Mindestens 150 Millionen Menschen waren bis zu diesem Zeitpunkt weltweit an Covid-19 erkrankt. In Ländern wie Indien oder Brasilien erreichten die Fallzahlen 2021 neue Höchststände. Eine einigermaßen verbindliche Bilanz zu ziehen, ist auch anderthalb Jahre nach dem Auftreten der ersten Fälle in der chinesischen Stadt Wuhan nur bedingt möglich. Einige summarische Feststellungen zum Pandemiegeschehen mögen hier genügen:

Divergierende Strategien

Erstens: Ein weltweit koordiniertes Vorgehen gegen Covid-19 gab es nach wie vor nicht. Seit Ausbruch der Coronakrise ver-

folgte jede Regierung eigene Wege zur Bekämpfung des Virus. Sie hier aufzulisten, würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Wegen der Vielzahl nationaler Strategien entwickelte sich das Pandemiegeschehen höchst unterschiedlich: Verzeichneten einzelne Länder Rekordzahlen, fielen die Ansteckungszahlen in andern. Wellen kamen und gingen. Welche Wege letztlich die erfolgreicher waren, werden erst einlässliche Studien zeigen: Diktate von oben und einschneidende Einschränkungen oder freiheitlichere Wege mit geringen staatlichen Eingriffen?

Zweitens: Wohl nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurde auf so breiter Front nach Medikamenten, Testverfahren und Impfstoffen geforscht wie im Fall von Covid-19. Dies mit erstaunlichem Erfolg: Ging man anfangs davon aus, dass die Suche nach einem Impfstoff bis zu dessen Verfügbarkeit mindestens zwei Jahre dauern würde, vergingen keine zehn Monate, bis erste Vakzine in den USA und Europa regulär bewilligt werden konnten. Eine entscheidende Rolle spielte die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Pharmakonzernen. Besonders die USA, Grossbritannien, Israel, die EU und die Schweiz investierten Milliardenbeträge

in die Entwicklung von Impfstoffen, obschon es dafür keine Garantie gab. Der Wettlauf nach neuen Impfstoffen blieb beispiellos: Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO befanden sich Mitte Mai 2021 hundert Vakzine in der klinischen Prüfung, 184 in der vorklinischen Entwicklung.

Drittens: Nicht anders als die Pandemiebekämpfung verliefen auch die Impfkampagnen von Land zu Land verschieden. Dass Staaten, die am meisten Geld in die Entwicklung von Vakzinen investiert hatten, zuerst an die Reihe kommen wollten, war verständlich. Allen voran die USA, Grossbritannien und Israel. Mit der weltweiten Verteilung von Impfstoffen haperte es hingegen bedenklich. Zwar sah ein weltweites Übereinkommen (Covax) vor, dass auch in den ärmeren Ländern der Welt bis Ende 2021 die vulnerabelsten zwanzig Prozent der Bevölkerung geimpft sein sollten. Solange jedoch Impfdosen Mangelware blieben, kamen ärmere Länder nur spärlich in den Genuss von Vakzinen.

Viertens: Die Weltwirtschaft, die 2020 in ein tiefes Loch geraten war, erholte sich 2021 beeindruckend schnell von der Pandemie. Besonders die Industriestaaten des Nordens – unter ihnen auch



Bild: Keystone-SDA

Massenkremation von Coronaopfern in der indischen Hauptstadt Delhi Anfang Mai 2021.

die Schweiz – leisteten sich teure Hilfsprogramme, um die Schäden für die Bevölkerung und die Unternehmungen abzufedern. Den ärmeren Staaten des Südens fehlten dafür jedoch die Ressourcen. Mit der Folge, dass die Pandemie das Reichtumsgefälle auf der Welt deutlich verschärfte. Vor der Coronakrise waren im Kampf gegen die Armut bemerkenswerte Erfolge errungen worden, die jetzt wieder verloren zu gehen drohten.

Fünftens: Die Pandemie wurde zur Treiberin für die digitale Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Millionen von Menschen sahen sich zu Homeoffice und Fernunterricht gezwungen. Der Computer auf dem Esstisch zu Hause ersetzte den Arbeitsplatz im Büro. Kommuniziert wurde über Programme, die den Austausch auch ohne direkten Kontakt ermögli-

chen. Der Trend zu dezentralen Strukturen dürfte nachhaltig bleiben.

Sechstens: Die Coronapandemie wirkte sich auch auf die Politik aus. Manche Regierungen setzten sich dem Vorwurf mangelnder Führungskraft aus. Anderen wurde ein zu nachlässiges oder widersprüchliches Verhalten vorgeworfen. Wieder andere gerieten wegen zu harter Lockdown-Massnahmen in die Kritik. Einige konnten jedoch auch punkten: Wie etwa Sanna Marin, Finnlands 35-jährige Ministerpräsidentin. Oder Neuseelands 40-jährige Premierministerin Jacinda Ardern, die im Oktober 2020 auch wegen ihrer zielgerichteten Coronapolitik glanzvoll im Amt bestätigt wurde. Oder Boris Johnson, der britische Premier, dem eine erfolgreiche Impfkampagne politisch nützte. Andere verloren jedoch

ihren Nimbus, je länger die Pandemie andauerte. So etwa Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel.

Trumps unwürdiger Abgang

Die Pandemie dürfte auch eine wichtige Rolle bei der Abwahl von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten gespielt haben. Trump machte in der Krise nicht alles falsch, wie ihm seine Gegner vorhielten. So liess er die Grenzen der USA schliessen, bevor man in Europa Corona überhaupt als Bedrohung wahrnahm. Auch die Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna wären ohne die Finanzspritzen der US-Regierung nicht so rasch entwickelt worden. Trump verspielte jedoch viel Kredit, indem er die Bedrohung durch das Coronavirus lange Zeit herabspielte. Bis Ende April 2021 registrierten die USA wegen Covid-19 über 570 000 Todesfälle.

Letztlich war Corona aber nicht der entscheidende Grund für Trumps Niederlage. Vielmehr war es Trumps Charakter: seine infantile Persönlichkeit, seine Unausgeglichenheit, sein vulgärer Stil. Wer nicht für ihn war, war sein Feind. Ob das Image der USA Schaden nahm, liess ihn kalt. Amerika verlor viele Freunde in der Welt. Die Rassenunruhen nach der Tötung des Schwarzen George Floyd durch einen Polizisten in Minneapolis gaben Trump zwar die Möglichkeit, sich für Ruhe und Ordnung in Szene zu setzen. Die

demonstrative Härte stiess zugleich viele vor den Kopf. Auch die Migrationspolitik Trumps spaltete die Amerikaner.

Der Wahlkampf 2020 ging als einer der hässlichsten in die Geschichte der USA ein. Trump trat wie 2016 mit Mike Pence an, der 78-jährige Joe Biden mit der 56-jährigen kalifornischen Juristin Kamala Harris als Vizepräsidentenskandidatin. Harris war die erste Nicht-Weisse, die für dieses Amt kandidierte. In der Wahl vom 3. November 2020 schwangen Biden/Harris klar obenaus: mit 81 268 924 gegen 74 216 154 Stimmen. Deutlicher noch gewann das demokratische Gespann bei den Wahlmännern: mit 306 gegen 232. Im US-Kongress gelang es den Demokraten, die Mehrheit in beiden Parlamentskammern zu erringen: Im Repräsentantenhaus behaupteten sie die Mehrheit mit 222 von 435 Sitzen; im Senat

kam es nach einer Stichwahl in Georgia zu einer Pattsituation (50 zu 50), womit Vizepräsidentin Kamala Harris als Vorsitzende des Senats der Stichentscheid zufällt.

Donald Trump zeigte sich nicht willens, das klare Wahlergebnis anzuerkennen. In mehreren Bundesstaaten focht er die Resultate auf gerichtlichem Weg an. Obschon sämtliche Rekurse von den Gerichten abgeschmettert wurden, wurde Trump nicht müde, von einem «gigantischen Wahlbetrug» zu sprechen. Während Wochen weigerte er sich, Hand zu bieten für die Amtsübergabe. In sozialen Medien mobilisierte Trump seine Anhänger. Am Tag der Wahlbestätigung durch den US-Kongress – am 6. Januar 2021 – kam es zum Eklat: Nach einer Rede Trumps vor dem Weissen Haus drangen an die achthundert gewaltbereite Anhänger ins Kapi-

tol ein. Es gelang ihnen, die Sitzung beider Parlamentskammern für mehrere Stunden zu unterbrechen. Fünf Menschen kamen ums Leben. Obschon Trump nur noch wenige Tage Präsident war, beschloss das Repräsentantenhaus zum zweiten Mal ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn. Die für eine Verurteilung nötige Zweidrittelmehrheit im Senat kam indessen nicht zustande.

Biden setzt auf «big government»

Die neue Administration in Washington setzte umgehend Zeichen: Binnen weniger Tage peitschte sie ein Corona-Konjunkturprogramm in der Höhe von 1,9 Billionen US-Dollar durch den Kongress, ausserdem kündigte Präsident Biden ein Infrastrukturprogramm sowie ein Bildungsprogramm für je rund zwei Billionen (2000 Milliarden) Dollar an. Anders als Trump setzte Biden auf «big government» und höhere Steuern für Unternehmen und Besizende. Den Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko liess die neue US-Regierung umgehend stoppen. International sorgte Biden für Aufsehen, als er sich für weltweite Minimalsteuersätze für Unternehmen stark macht. Auch sein Vorschlag für eine Aufhebung des Patentschutzes für Impfstoffe stiess nicht überall auf Gegenliebe. Ob sie ärmeren Ländern rascher zu Impfstoffen verhilft, blieb fraglich. Die EU äusserte



Bild: Keystone-SDA

Gewaltbereite Trump-Anhänger stürmen am 6. Januar 2021 das US-Parlamentsgebäude, das Kapitol, in Washington.



Bild: Keystone-SDA

Joe Biden legt am 20. Januar 2021 seinen Amtseid als 46. Präsident der USA ab; neben ihm seine Frau Jill Biden.

sich dezidiert gegen Bidens Idee. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron forderte die USA auf, den ärmeren Ländern besser einen Teil der Impfvorräte abzugeben, die sie für sich reserviert hatten.

Unter Biden kehrten die USA auf die Weltbühne zurück. Sie traten dem Klimaabkommen von Paris wieder bei, ausserdem der WHO und verschiedenen anderen UN-Organisationen. Gegenüber Iran steckte Washington Fühler aus, um das mittelöstliche Land zur Rückkehr zu den Vereinbarungen des Atomabkommens von 2015 zu bewegen. Der neue US-Präsident kündigte ausserdem an, bis zum 11. September 2021 sämtliche in Afghanistan verbliebenen amerikanischen Truppen abziehen zu wollen. Im Verhältnis zu China setzte Biden die Politik der Trump-Regierung fort. Sie verurteilte mit scharfen Worten

das Vorgehen Pekings gegen Hongkong und Taiwan sowie die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang.

Chinesisches Powerplay

Die Volksrepublik China verfolgte unentwegt ihren Kurs der aussenpolitischen Stärke. Im Südchinesischen Meer mehrten sich die Zwischenfälle. Immer häufiger drangen chinesische Militärflugzeuge in den Luftraum Taiwans ein. Dadurch stieg das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung bedrohlich an. Zunehmend aggressiver reagierte das Regime in Peking auf ausländische Kritik an der Menschenrechtssituation. Dabei verdichteten sich in der Berichtsperiode die Informationen über Zwangsmassnahmen Chinas gegen die Minderheit der Uiguren. Schätzungsweise elf Millionen leben im Tarim-Becken in der

chinesischen Provinz Xinjiang. Nicht anders als Tibet wird das rohstoffreiche Gebiet seit der Mao-Zeit von den Chinesen kolonisiert und ausgebeutet. Immer mehr Han-Chinesen ziehen in den «wilden Westen»; inzwischen machen sie fast die Hälfte der Bevölkerung in Xinjiang aus. Seit 2010 geht Peking forciert gegen Sprache, Kultur und Religion der Uiguren vor. Zentrale Stätten der Uiguren wie die historische Altstadt von Kashgar wurden dem Erdboden gleichgemacht. Moscheen werden streng überwacht. Gut dokumentiert ist die Einrichtung von Umerziehungslagern, die von aussen wie Hochsicherheitsgefängnisse aussehen. Hunderttausende von Uiguren sollen in solchen Zentren eingesperrt sein. In der chinesischen Propaganda werden diese Lager als «Berufsbildungszentren» dargestellt. Augenzeugen und ehemalige Insassen berichten jedoch von Drangsalierung, Folter und sexueller Gewalt in diesen Lagern. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch machen das Regime in Peking für eine «weit verbreitete und systematische Politik der Masseninternierungen, Folter und kulturellen Verfolgung» verantwortlich. Die Regierung in Washington stuft das Vorgehen Chinas gegen die Uiguren offiziell als «Genozid» ein. Im März 2021 verhängten die USA mit Grossbritannien, Kanada sowie der EU koordiniert Sanktionen gegen chinesische Funktionäre, die für die Men-

schenrechtsverstösse in Xinjiang verantwortlich sein sollen. China weist solche Kritik zurück und reagiert mit Gegensanktionen. Westliche Unternehmen wie H&M, Adidas und Nike, die sich aus Xinjiang zurückzogen, wurden von den chinesischen Behörden mit Boykotten belegt.

Auch in Hongkong kümmert sich die Volksrepublik nicht um internationales Recht. Seit 2019 setzt sie ihre nationalen Interessen mit voller Härte durch. Längst schert sich Peking nicht mehr um das 1997 mit Grossbritannien ausgehandelte Abkommen, das der ehemaligen Kronkolonie Autonomie für fünfzig Jahre zusicherte. Am 1. Juli 2020 trat das «Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit» in Hongkong in Kraft. Seither stehen nicht nur Handlungen unter Strafe, die den Interessen der Volksrepublik zuwiderlaufen – wie beispielsweise Kundgebungen –, sondern auch Meinungsäusserungen, die dem Regime nicht passen. Als einer der Ersten wurde der Demokratieaktivist Joshua Wong zu 13,5 Monaten Haft verurteilt. Am 11. März verabschiedete der Volkskongress ausserdem eine Wahlrechtsreform für Hongkong – so als wäre die Sonderverwaltungszone bereits vollumfänglich integriert in China. Gemäss dieser Reform soll vor Wahlen ein Überprüfungsausschuss bestimmen, wer als «patriotisch» gilt. Aus Protest gegen die Unterdrückung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit in Hongkong

verfügte die EU Sanktionen gegen chinesische Einzelpersonen. Peking reagierte mit Gegenmassnahmen. Auch die Schweiz geriet wegen ihrer neuen China-Strategie ins Visier Pekings. Der Botschafter in Bern, Wang Shihting, warf dem Bundesrat vor, sein Land mit «böswilligen» Unterstellungen an den Pranger zu stellen.

Schreckenstage in Burma

Burma, der Vielvölkerstaat an der Scharnierstelle zwischen China, Südostasien und Indien, erlebte eine weitere tragische Episode seiner an Tragödien reichen Geschichte. Am 1. Februar 2021 putschte sich das Militär zum dritten Mal seit 1962 an die Macht. Es geschah einen Tag bevor ein neu gewähltes Parlament zum ersten Mal hätte tagen sollen. Am 8. November 2020 hatten in Burma zum zweiten Mal seit 2015 demokratische Wahlen stattgefunden. Sie brachten der regierenden Nationalen Liga für Demokratie (NLD) mit De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi an der Spitze einen überwältigenden Erfolg. Die NLD gewann mit einem Wähleranteil von über 60 Prozent 396 der 476 Parlamentssitze. Die dem Militär nahestehende USDP errang lediglich 33 Sitze. In- und ausländische Beobachter waren sich einig, dass diese Wahlen frei und fair gewesen waren. Trotzdem sprach die Militärführung von «Wahlbetrug». Nach dem Putsch kam es

in Yangon zu Protestkundgebungen. Diese weiteten sich im Laufe des Februars sukzessive auf das ganze Land aus. Die Armee ging mit zunehmend brutalerer Gewalt gegen die Demonstrierenden vor. Zahlreiche Kundgebungsteilnehmer, die meisten unter ihnen Jugendliche, zum Teil sogar Kinder, wurden mit gezielten Kopfschüssen getötet. Laut Menschenrechtsorganisationen ermordete die Armee bis Ende April über 750 Menschen. Die USA, die EU, die Schweiz und verschiedene andere Staaten verurteilten den Putsch und forderten die Freilassung Aung San Suu Kyis und die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit. Eine scharfe Resolution des UN-Sicherheitsrats scheiterte jedoch am Widerstand Chinas und Russlands.

Pulverfass Mittlerer Osten

Israel und der Gaza-Streifen erlebten im Mai 2021 einen Gewaltausbruch wie seit 2014 nicht mehr. Auslösendes Moment waren bevorstehende Enteignungen arabischer Hausbesitzer im Stadtteil Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem. Auf dem Tempelberg kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen meist jugendlichen Palästinensern und israelischen Polizeikräften. Raketen aus dem von der Hamas regierten Gaza-Streifen Richtung Jerusalem und Tel Aviv trugen weiter zur Eskalation der Lage bei. Der internationale Flughafen Lod musste den Betrieb einstellen. Israel reagierte

mit Luftangriffen auf Hamas-Stellungen im Gaza-Streifen. Mehrere hundert Menschen verloren ihr Leben. Besonders erschreckend, dass arabische und israelische Extremisten in verschiedenen Städten Gewaltakte gegen den andern Bevölkerungsteil verübten. Letztlich war es nur eine weitere Episode in einem unlösbaren Konflikt zweier zutiefst verfeindeter Völker. Stärker denn je stehen die Palästinenser mit dem Rücken zur Wand. Längst fällige Wahlen waren von Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas kurz vor dem Termin abgesagt worden. Auch ihr Rückhalt in der arabischen Staatengemeinschaft war in den vergangenen Jahren markant geschwunden. Dank Trumps Vermittlung hatte der jüdische Staat diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko aufnehmen können. Auch die israelische Siedlungspolitik im besetzten Westjordanland ging unentwegt weiter.

Der Libanon, der ohnehin unter einer Wirtschaftskrise, Währungszerfall und Flüchtlingselend litt, wurde von einer aussergewöhnlichen Katastrophe betroffen: In einem Lagerraum im Hafen von Beirut explodierten am 4. August 2020 2750 Tonnen Ammoniumnitrat. Das Unglück wurde offenbar durch Schweissarbeiten ausgelöst. Die Explosion zerstörte weite Teile des Hafens und richtete Schäden bis weit in die Innenstadt von Beirut an. Laut Regierungsanga-



Bild: Keystone-SDA

Hamas-Anhänger feuern Hunderte von Raketen aus dem Gaza-Streifen Richtung Tel Aviv und Jerusalem ab (Bild vom 12. Mai 2021).

ben wurden mindestens 190 Menschen getötet und mehr als 6500 verletzt. Zur Katastrophe führten sowohl Korruption als auch politisches Versagen. Wer jedoch Reformen erwartete, sah sich getäuscht. Libanon blieb in den Fesseln seiner Klan- und Klientelwirtschaft eingekettet, in der keine der beteiligten Parteien (Hisbollah, Sunniten, Maroniten und Drusen) auch nur ein Jota nachzugeben bereit war.

Iran trieb sein Atomprogramm weiter voran. Ausserdem mischte das Ayatollah-Regime in arabischen Konfliktgebieten wie Syrien, Libanon und Jemen unentwegt mit. Die Biden-Regierung bot Teheran zwar an, die Sanktionen zu lockern, falls Teheran sich zu einer Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 und zu einem glaubwürdigen Verzicht auf den Bau von Atomwaffen bereit erklären würde.

Iran liess jedoch wenig Bereitschaft zu einem Einlenken erkennen, obschon das Land schwer unter den US-Sanktionen leidet. Mehr denn je geben in Teheran Hardliner den Ton an, die den Konflikt mit Amerika für die Untermauerung ihrer Herrschaft benötigen. Das Atomprogramm erlitt indessen wiederholt Rückschläge durch Angriffe, die mutmasslich vom israelischen Geheimdienst ausgingen: Am 27. November 2020 wurde der Kernphysiker Mohsen Fahrshadeh auf offener Strasse ermordet; am 12. April 2021 beschädigte eine heftige Explosion den Atomreaktor Natanz in Zentraliran.

In Syrien festigte das Assad-Regime dank iranischer und russischer Unterstützung seine Macht. Irak fand erstmals seit der US-Intervention von 2003 zu einer gewissen innenpoliti-

schen Stabilität zurück. Anfang März 2021 besuchte Papst Franziskus das mittelöstliche Land, um sich für Frieden und für den Schutz der kleinen christlichen Gemeinschaften im Land einzusetzen. Der Papst traf unter anderen Schiitenführer Ali al-Sistani und reiste in die noch vor Kurzem von der Terrororganisation IS gehaltenen Städte Mossul und Erbil im Norden Iraks.

Hoffnungen auf ein Ende des Bürgerkriegs gab es in Libyen. Die zwei Haupt-Kriegsparteien um Fayiz as-Sarradsch und Chalifa Haftar einigten sich unter ausländischem Druck auf die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung, die Wahlen im Dezember 2021 vorbereiten sollte. Kompliziert wurde der Befriedigungsprozess, weil am Bürgerkrieg eine Vielzahl von Milizen, Stämmen, Söldnern und Verbrecherbanden mitwirken. Frieden und Stabilität in dem nordafrikanischen Land wäre für Europa aus zwei Gründen wichtig: Erstens haben sich in Libyen auch Terrororganisationen wie der IS und al-Kaida eingenistet, und zweitens blieb Libyen trotz Corona ein Sprungbrett für Zehntausende afrikanischer Migranten, die in Schlauchbooten nach Malta oder Italien überzusetzen versuchen.

Europa im Lockdown-Modus

Europa blieb auch in den Coronajahren 2020 und 2021 ein Brennpunkt des islamistischen Terrors: In der Wiener Innen-

stadt, nahe dem Stephansdom und einer Synagoge, fanden am 1. November vier Personen den Tod, als ein albanischstämmiger Sympathisant des IS wahllos auf Passanten schoss. Besonders hässliche Anschläge erlebte auch Frankreich: Am 16. Oktober wurde der Gymnasiallehrer Samuel Paty in der Nähe seiner Schule von einem aus Tschetschenien stammenden Islamisten auf offener Strasse enthauptet. Paty hatte im Unterricht Karikaturen über den Islam diskutieren lassen. Nur zwei Wochen später fanden bei einem Messerangriff in einer Kirche in Nizza drei Personen den Tod. Täter war ein 21-jähriger tunesischer Asylbewerber. In Dresden im Osten Deutschlands wurde bei einem islamistisch motivierten Messerangriff eine Person getötet, eine weitere schwer verletzt.

Neben der Coronapandemie war es nach wie vor der Brexit,

der Austritt Grossbritanniens aus der EU, der die europäischen Staaten am stärksten beschäftigte. Am 31. Januar 2020 war das Vereinigte Königreich formell aus der Europäischen Union ausgetreten. Bis sich beide Seiten auf ein Handels- und Kooperationsabkommen einigen konnten, dauerte es nochmals fast ein Jahr. Premier Boris Johnson schaffte das Kunststück in letzter Minute vor dem selbstgesetzten Termin, am 24. Dezember 2020. Damit wurde ein unregelmäßiger Brexit vermieden, wie ihn viele befürchtet hatten. Die Unkenrufe der Brexit-Kritiker bewahrheiteten sich nicht, dass die britische Wirtschaft und der Finanzplatz London einen jähen Einbruch erleiden würden. Premier Boris Johnson gelang es zudem besser als der EU, genügend Impfstoffe für eine rasche Durchimpfung der britischen Bevölkerung zu beschaffen. Die-



Bild: Keystone-SDA

Brexit besiegelt: Premier Boris Johnson unterschreibt am 30. Dezember 2020 den Handels- und Kooperationsvertrag mit der EU.

ser Erfolg sicherte Johnson eine bisher nie gekannte Popularität. Anfang Mai 2021 erzielten die Konservativen bei Lokalwahlen überraschende Gewinne im Norden Englands. In Schottland triumphierte hingegen die Scottish National Party unter Nicola Sturgeon, die ein neues Unabhängigkeitsreferendum anstrebt.

Deutschland tat sich mit dem Coronavirus und den Impfungen besonders schwer. Die deutschen Bundesländer überboten sich mit Lockdown-Massnahmen. Kurz vor Ostern 2021 beschlossen Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder in einer nächtlichen Runde einen vollständigen Lockdown mit Reiseverboten und Ausgangssperren für fünf Tage über Ostern. Schon tags darauf musste Merkel zurückrudern und sich bei der Bevölkerung öffentlich entschuldigen – eine einmalige Geste in der Geschichte der Bundesrepublik. Merkel hatte nichts mehr zu verlieren, stand doch seit Langem fest, dass sie bei den Bundestagswahlen vom September 2021 nicht nochmals kandidieren würde. Die Abnutzungerscheinungen zeigten sich allenthalben deutlich. In Umfragen verlor die Koalition aus CDU/CSU und SPD zusehends an Popularität. Bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erlitten beide Parteien Einbussen, während die Grünen ihren Wähleranteil erhöhen konnten. Harzig verlief bei der CDU/CSU auch die Aus-

wahl des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen. Anneliese Kramp-Karrenbauer, welche Merkel Ende 2018 als CDU-Chefin abgelöst hatte, agierte so uninspiriert und glücklos, dass sie ihren Platz Armin Laschet, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, überlassen musste. Dieser sah sich jedoch von CSU-Chef Markus Söder herausgefordert. Erst nach wochenlangem Ringen setzte sich Laschet als Kanzlerkandidat durch, doch blieb offen, wie ge-eint die Union in die Wahlen vom September ziehen würde. Die deutschen Grünen entschieden sich für Annalena Baerbock als Spitzenkandidatin. Sie hatten gute Chancen, vor der SPD zweitstärkste politische Kraft in Deutschland zu werden.

In Italien brach die von Giuseppe Conte geführte Regierungskoalition am 26. Januar 2021 auseinander. Bereits am 13. Feb-

ruar wurde Mario Draghi, der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) als neuer Regierungschef vereidigt. Seine Regierung umfasste sämtliche grossen Parteien Italiens. Im Eilverfahren schnürte Draghi einen gigantischen Aufbauplan zur Überwindung der Coronakrise. Dieser sah Investitionen von 192 Milliarden Euro aus EU-Mitteln vor, Italien selbst steuerte zusätzliche 30 Milliarden hinzu.

Postsowjetische Verwerfungen

Russland kam vergleichsweise gut durch die Coronakrise. Dank einem eigenen Impfstoff («Sputnik V») vermochte das Land auch aussenpolitisch zu punkten. Hingegen setzte der Zerfall der Erdölpreise dem Land wirtschaftlich zu. In Europa und den USA eckte das Putin-Regime mit



Hunderttausende protestieren in Weissrussland gegen die Wahlfälschungen durch das Lukaschenko-Regime.

seiner aggressiven Politik gegen das Nachbarland Ukraine sowie mit Spionage und Cyberangriffen wiederholt an. Ungeachtet der westlichen Sanktionen hielt Russland an der widerrechtlichen Annexion der Krim-Halbinsel fest. Auch der russische Druck auf die Ostukraine nahm nicht ab. Der Fall Alexei Nawalny belastete die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und Russland zusätzlich. Der prominente Oppositionspolitiker wurde am 20. August 2020 in der sibirischen Stadt Omsk Opfer eines Giftanschlags. Auf Wunsch der Familie konnte Nawalny nach Berlin ausgeflogen werden. Die Untersuchungen ergaben zweifelsfrei, dass Nawalny mit dem Nervenkampfstoff Novitschok vergiftet worden war, über den nur der russische Staat verfügt. Nawalny kam mit dem Leben davon. Am 18. Januar 2021 kehrte er nach Moskau zurück, wurde aber umgehend festgenommen und zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt. Ein Hungerstreik Nawalnys blieb ohne Folgen. Präsident Vladimir Putin seinerseits liess sich von der Duma, dem Parlament, die gesetzliche Vollmacht geben, um bis 2036 an der Macht bleiben zu können.

Neben Russland gilt Weissrussland (Belarus) als einer der letzten autoritär regierten Staaten in Europa. Seit dem Zerfall der Sowjetunion liegt die Macht in den Händen von Alexander Lukaschenko; aus fünf «Wahlen» ging er jeweils als Sieger

hervor. So auch aus der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020. Das offizielle Resultat war jedoch so einseitig, dass es in keiner Weise der Realität entsprechen konnte (79 Prozent der Stimmen für den Amtsinhaber, bloss 6,9 Prozent für die Gegenkandidatin Swjetlana Tichanowskaja). Die offenkundigen Wahlfälschungen führten in den folgenden Wochen zu Massenkundgebungen und Streiks. Lukaschenko und sein Regime vermochten sich trotz der Proteste an der Macht zu halten, nicht zuletzt dank Rückenstärkung durch Russlands Präsidenten Putin.

Zu den Hinterlassenschaften der ehemaligen Sowjetunion gehören zahlreiche Gebietsstreitigkeiten. Namentlich die Kaukasusregion wird immer wieder von Konflikten erschüttert. Besonders umstritten ist die mehrheitlich von armenischen Christen bewohnte Region Bergkarabach. Das Gebiet, das sich 1991 als Republik Bergkarabach unabhängig erklärte und sein Territorium dank armenischer Hilfe auf Kosten Aserbeidschans ausweiten konnte, ist seither ein Zankapfel zwischen Aserbeidschan und Armenien. Im Sommer 2020 eskalierten Grenzstreitigkeiten zu einem eigentlichen Krieg. Mit Unterstützung der Türkei gelang es Aserbeidschan, rund einen Drittel des Gebiets zurückzuerobern, bevor am 10. November eine von Russland vermittelte Waffenruhe in Kraft trat.

Blick in die Schweiz

Auch in der Schweiz dominierte die Coronapandemie weiterhin das öffentliche Geschehen. Kaum ein Tag verging, an dem nicht Nachrichten über Corona die Medien beherrschten. Je länger die staatlich verordneten Einschränkungen andauerten, umso heftigere Opposition schlug den Behörden entgegen. Im Frühsommer 2020 hatte Gesundheitsminister Alain Berset noch geglaubt, sich selbstzufrieden an die Brust klopfen zu dürfen: «Wir können Corona!» Tatsächlich hatte die Schweiz die erste Welle der Pandemie recht erfolgreich gemeistert. Früher als viele andere europäische Länder fand unser Land im Sommer 2020 zu einer «neuen Normalität» zurück. Doch die demonstrative Einigkeit, mit der sich das Volk und die Parteien in der «ausserordentlichen Lage» hinter den Bundesrat gestellt hatten, zerbrach bereits nach den ersten Lockerungen.

Pannen und Fehleinschätzungen

Was sich in der zweiten Jahreshälfte abspielte, gehörte nicht zu den Glanzlichtern helvetischer Politik. Je länger sich die Pandemie hinzog, desto mehr verlor die Eidgenossenschaft ihren Nimbus der Einzigartigkeit. Der Bundesrat musste sich wiederholt Führungsunfähigkeit vorwerfen lassen. Um den Sinn des Maskentragens entspannen sich

epische Kontroversen. Unsäglich lange dauerte es, bis zuerst im öffentlichen Verkehr, später auch in Ladengeschäften eine Schutzmaskenpflicht verordnet wurde. Und Mitte August, als die Fallzahlen nach der fröhsommerlichen Verschnaufpause bereits wieder auf gegen dreihundert Neuansteckungen pro Tag emporgeschnellt waren, gab der Bundesrat dem Druck der Sportverbände und Eventveranstalter nach und beschloss, ab dem 1. Oktober wieder Grossanlässe mit über tausend Personen zuzulassen. Eine fatale Fehleinschätzung! Bereits Mitte Oktober waren die Fallzahlen so hoch gestiegen (3015 am 16. Oktober), dass Grossanlässe wieder untersagt werden mussten. Ab 28. Oktober galt von neuem ein Versammlungsverbot ab zehn Personen im Freien, eine Obergrenze von fünfzig Personen an Veranstal-

tungen und eine Sperrstunde ab 23 Uhr für Restaurants. Für Bundesrat Berset war es «ein Rätsel», was der Grund für diese Explosion der Fallzahlen sei, und BAG-Chefin Anne Lévy erklärte: «Niemand hat damit gerechnet, dass die Zahlen so rasch ansteigen würden.» Was mehr als erstaunlich war! Überhaupt glänzte das BAG in dieser Phase der Pandemiebekämpfung durch eine Reihe von Fehleinschätzungen, falschen Behauptungen und Datenlecks. Panne reihte sich an Panne: beim Tracing, bei den Tests, bei der Impfstoffbeschaffung. Das Maximum an Neuansteckungen in dieser zweiten Coronawelle wurde am 5. November mit 10 128 in 24 Stunden erreicht. Jeden Tag starben über hundert Menschen an Covid-19. In dieser Phase der Pandemie belegte die Schweiz punkto Ansteckungen und Todesfälle pro

Kopf der Bevölkerung den wenig rühmlichen Platz zehn im weltweiten Vergleich. Obschon die Fallzahlen danach wieder sanken, liess der Bundesrat nach Weihnachten Restaurants, Bars, Ladengeschäfte und Fitnesszentren auf unbestimmte Zeit schliessen. Für die Wirtschaft wurde erneut eine Homeoffice-Pflicht angeordnet. Offizielle Begründung war das Auftauchen einer als gefährlicher eingestuften britischen Variante des Coronavirus. Trotzdem durften die Skigebiete offen bleiben.

Heftige Diskussionen

Über das Ausmass der behördlichen Massnahmen kam es zu bitteren Auseinandersetzungen zwischen Bund und Kantonen. Besonders um die Öffnung von Restaurants und Aussenterrassen entbrannte eine wochenlange, grotesk anmutende Diskussion. Die bürgerlichen Parteien, allen voran die SVP, das Gewerbe sowie die grossen Wirtschaftsverbände drängten zu raschen Öffnungsschritten. In zahlreichen Schweizer Städten fanden Demonstrationen gegen die behördlichen Lockdown-Massnahmen statt. In St. Gallen randalierten Jugendliche, und die SVP schreckte nicht vor «Diktatur»-Vorwürfen an die Adresse des Bundesrats zurück. Am 14. April erlaubte die Landesregierung wieder Veranstaltungen bis zu fünfzig Personen; Kinos, Theater, Konzertsäle und Fitnesszentren durften wieder

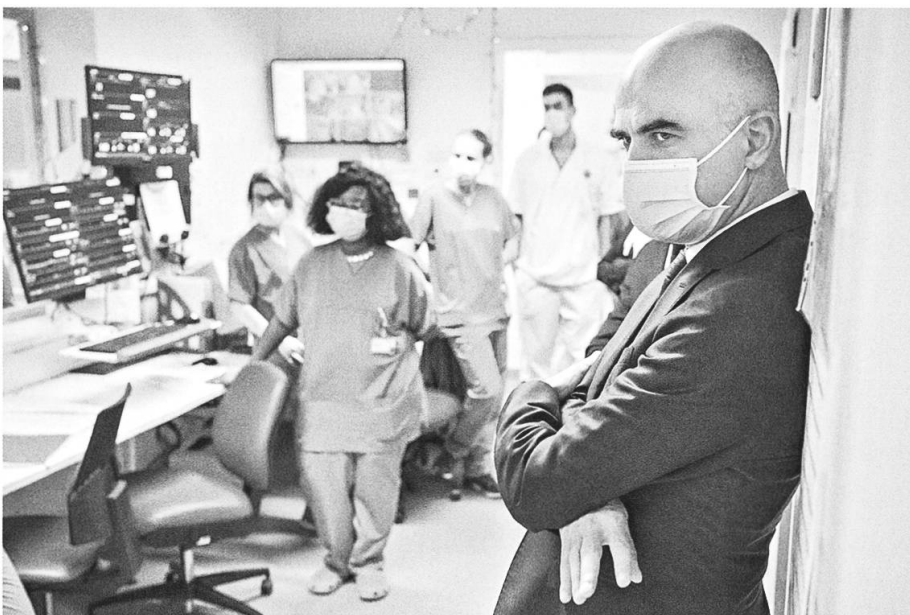


Bild: Keystone-SDA

Gesundheitsminister Alain Berset beim Besuch der Covid-Abteilung eines Spitals in Neuenburg im Dezember 2020.



Bild: Keystone-SDA

Coronaskeptiker in Altdorf an einem nicht bewilligten Demonstrationszug am 10. April 2021.

Gäste empfangen. Hingegen blieben die Restaurants geschlossen, nur Aussenterrassen durften öffnen. Die Situation entspannte sich erst, als der Bundesrat am 21. April einen Dreistufenplan für die Rückkehr zur Normalität bis zum 31. Juli bekanntgab. Entgegen den Prognosen der wissenschaftlichen Task Force sanken die Ansteckungszahlen in der ersten Maihälfte auf unter 1500 pro Tag. Deutlich weniger Menschen starben noch an Covid-19. Insgesamt wurde in der Schweiz in den ersten Monaten 2021 sogar eine «Untersterblichkeit» registriert.

Diese Verbesserung war in erster Linie den Impfstoffen gegen das Coronavirus zu verdanken. Bereits im August hatte der Bund Lieferverträge mit den US-Herstellern Pfizer/Biontech und Moderna abgeschlossen. Schon am 19. Dezember konnte Swissmedic dem Impfstoff von Pfizer/

Biontech eine ordentliche Zulassung erteilen, am 14. Januar dann auch jenem von Moderna. Am 23. Dezember wurden die ersten Personen in der Schweiz gegen Corona geimpft. Dann geriet die Impfkampagne jedoch für Wochen ins Stocken. Erst ab Ende April normalisierte sich der Nachschub an Impfstoffen. Ein Lichtblick nach über einem Jahr Pandemie.

Rahmenabkommen im Gegenwind

Seit Herbst 2018 liegt das sogenannte Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union im Entwurf vor. Doch der Bundesrat schob das Ergebnis wie eine heisse Kartoffel vor sich her – unentschlossen, ob er es akzeptieren und den eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreiten wollte. Die SVP war von Anfang an ka-

tegorisch gegen ein Abkommen, das eine automatische Rechtsübernahme vorsah. Ausserdem stiess sie sich an der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs im Falle von Streitigkeiten. Die Gewerkschaften kritisierten, dass das Rahmenabkommen keine Garantien für den Lohnschutz vorsieht. Die Kantone bemängelten den Passus über die staatlichen Beihilfen, und breiter Widerstand artikuliert sich gegen eine mögliche Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, die eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit bringen würde. Die EU gab zu verstehen, dass sie zu weiteren «Verhandlungen» nicht bereit sei, höchstens zu «klärenden Gesprächen». Diese erbrachten jedoch wenig Konkretes. Die offizielle Funkstille um das Rahmenabkommen spielte den Gegnern in die Hände: Nachdem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann dagegen Stellung bezogen hatte, formierte sich ein Nein-Komitee aus Wirtschafts- und Bankenvertretern. Auch in der FDP und der CVP kippte die Stimmung. Linke und Grüne hielten sich aus Rücksicht auf die Gewerkschaften zurück. Einzig die Grünliberalen, einige Ex-Bundesratsmitglieder (Leuthard, Koller, Dreyfuss, Couchepin) sowie Vertreter aus Wirtschaft und Universitäten setzten sich für das Rahmenabkommen ein. Am 23. April 2021 reiste Bundespräsident Guy Parmelin nach Brüssel, um im Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Ley-

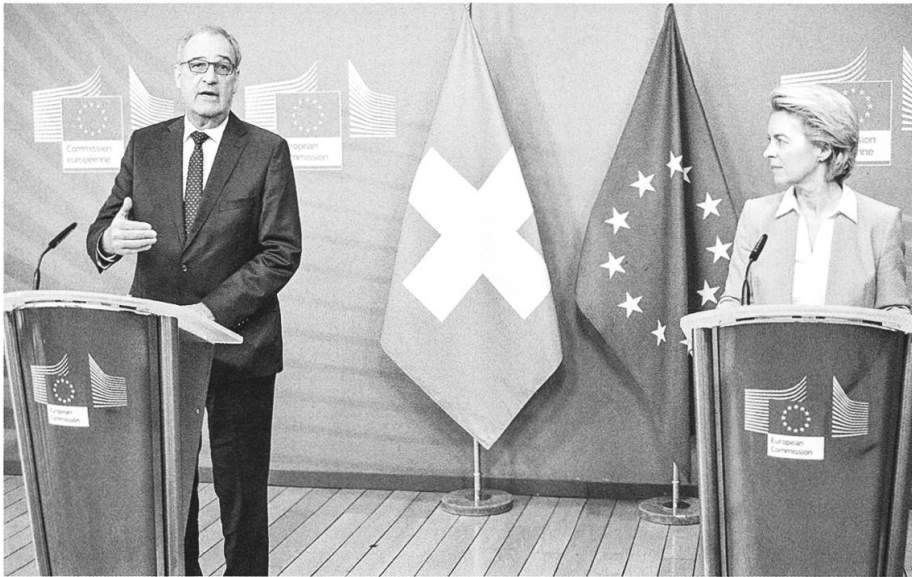


Bild: Keystone-SDA

Bundespräsident Guy Parmelin beim Treffen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 23. April 2021.

en Klarheit zu schaffen. Parmelins entschiedenes Auftreten liess keinen Zweifel, dass es der Schweiz ernst war und dass das Abkommen ohne Konzessionen der EU weder beim Bundesrat noch im Parlament, geschweige denn beim Volk eine Chance haben würde. Er stiess in Brüssel jedoch auf taube Ohren. Am 26. Mai beschloss der Bundesrat, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen definitiv zu beenden.

Umstrittene Abstimmungsvorlagen

Umfragen und Abstimmungsergebnisse zeigten, dass die Schweizer Bevölkerung grundsätzlich am bilateralen Weg mit der EU festhalten wollte. Offen blieb, inwieweit dies ohne Rahmenabkommen und automatische Rechtsangleichung, wie sie die EU forderte, möglich sein

würde. Am 27. September 2020 lehnten Volk und Stände die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung», die sogenannte «Begrenzungsinitiative», mit 61,7 Prozent Nein ab. Sie hätte faktisch das Ende der Personenfreizügigkeit bedeutet. Am selben Tag verwarfen die Stimmberechtigten auch ein neues Jagdgesetz (mit 51,9 Prozent Nein) und eine Vorlage für höhere Kinderabzüge (mit 63,2 Prozent Nein). Ja sagten sie hingegen zu einem bezahlten Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen (mit 60,3 Prozent). Hauchdünn, mit einem Ja-Anteil von 50,1 Prozent, fiel die Zustimmung zur Beschaffung neuer Kampfjets aus. Am 29. November sagte das Stimmvolk mit 57,5 Prozent Nein zu einer Kriegsmaterial-Initiative der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GsoA) sowie der Jungen Grünen. Am selben Tag verwarfen Volk und

Stände auch die «Konzernverantwortungsinitiative», die von einem breit abgestützten Verbund von Hilfswerken und Umweltorganisationen getragen wurde. Eine Mehrheit der Stimmmenden befürwortete zwar mit 50,7 Prozent Ja das Begehren; dieses scheiterte jedoch am Ständemehr: Zwölf Voll- und fünf Halbkantone verwarfen die Initiative. Selten erlebte die Schweiz einen ähnlich heftigen und emotional geführten Abstimmungskampf. Dass sich auch die Kirchen offiziell hinter die Initiative stellten, stiess nicht überall auf Verständnis.

Umstritten war auch die Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot, die sogenannte «Burka-Initiative». Lanciert von einem SVP-nahen Komitee, richtete sie sich primär gegen einen frauenverachtenden Islamismus, ausserdem gegen gewalttätige Hooligans. Das Volksbegehren wurde am 7. März 2021 mit 51,2 Prozent Ja und einer klaren Mehrheit der Kantone angenommen. Knapp, mit 51,6 Prozent Ja, akzeptierten die Stimmmenden gleichentags ein Freihandelsabkommen mit Indonesien. Umstritten war der Vertrag vor allem wegen der Palmölproduktion, obschon darin erstmals ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen Produktion verankert war. Mit 64,4 Prozent Nein wurde ein E-ID-Gesetz an der Urne abgelehnt; es scheiterte an der vorgesehenen Mitwirkung privater Firmen.

Eine für die ganze Schweiz

bedeutsame Abstimmung fand im Berner Jura statt. Am 28. März 2021 sprachen sich die Stimmberechtigten der Stadt Moutier mit 54,9 Prozent für einen Kantonswechsel von Bern zum Jura aus. Bereits 2017 hatte eine knappe Mehrheit für den Kantonswechsel votiert; allerdings war das Votum vom Bundesgericht wegen gravierender Verfahrensmängel annulliert worden.

Linksgrün im Aufwind

Die Abstimmungsergebnisse der Jahre 2020 und 21 bestätigten, wie sehr sich die politischen Gewichte in der Schweiz nach links verschoben hatten. Verstärkung und Wertewandel schlugen sich auch im Stimmverhalten nieder. Grüne und linke Anliegen fanden vermehrt Widerhall bei der Bevölkerung. In kantonalen und städtischen Wahlen waren die Ergebnisse uneinheitlicher. Im Kanton Wallis beispielsweise errangen die Grünen in den Grossratswahlen vom 7. März 2021 13 Mandate (plus 5), die SP 20 (+2). Die CVP blieb zwar mit 48 Sitzen stärkste Partei, verlor jedoch 7 Mandate. In der fünfköpfigen Regierung verlor die CVP erstmals die Mehrheit; auf ihre Kosten gewann die SVP einen Regierungssitz im Oberwallis. Im Kanton Solothurn verbesserten sich die Grünen in den Wahlen vom 7. März 2021 von 7 auf 10 Sitze, die GLP von 3 auf 6. Die SVP errang 21 Sitze (+3). Verliererinnen waren



Bild: Keystone-SDA

Die Stimmberechtigten von Moutier votieren für den Kantonswechsel von Bern zum Jura.

die FDP mit neu 22 Mandaten (-4) und die SP mit 20 (-3). Im Kanton Neuenburg, wo das Kantonsparlament von 115 auf 100 Sitze verkleinert wurde, blieb die FDP bei den Wahlen mit 32 Sitzen stärkste politische Kraft, verlor aber 11 Mandate. Auch die SP büsste 11 Sitze ein und kam noch auf 21. Gleich dahinter folgten neu die Grünen mit 19 Sitzen (+2). Einen Dämpfer hatten die Grünen hingegen bei den Wahlen in die Neuenburger Regierung hinzunehmen: Sie verloren ihren Sitz an die FDP, die mit Crystel Graf ein drittes Mandat errang. In der fünfköpfigen Kantonsregierung verfügten die Freisinnigen nun über 3 Sitze, die SP über 2. In der Stadt St. Gallen verlor die FDP das Stadtratspräsidium an die SP (Maria Pappa).

Die SVP litt seit dem Rückzug von Schwergewichten wie Christoph Blocher und Toni Brunner unter einem Führungsvakuum: Neuer Präsident wurde nach Albert Rösti der schweizweit bislang wenig bekannte Tessiner

Marco Chiesa. Bei den Sozialdemokraten übernahmen der Berner Cédric Wermuth und die Zürcherin Mattea Meyer nach dem Rücktritt von Christian Levrat gemeinsam das Präsidium. Bei den Grünen löste der Zürcher Balthasar Glättli die Bernerin Regula Rytz an der Spitze ab. Die CVP – seit Jahren in einer Abwärtsspirale – versuchte mit einem Namenswechsel («Die Mitte») und der Fusion mit der BDP eine Trendwende herbeizuführen.

Unschöne Geschichten

Bundesanwalt Michael Lauber musste seinen Sessel räumen. Er trat offiziell per Ende Januar 2021 zurück. Lauber war im Zusammenhang mit den Verfahren um den Weltfussballverband Fifa in die Kritik geraten, weil er sich mehrmals unprotokolliert mit Fifa-Chef Gianni Infantino getroffen hatte. Die Suche nach einer Nachfolge gestaltete sich für die zuständige Gerichtskommission unter dem Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni allerdings schwierig. – Bundesrätin Simonetta Sommaruga setzte sich dem Vorwurf der «Vetterwirtschaft» aus, als sie ihren Parteifreund, den früheren SP-Präsidenten Christian Levrat, ins Amt des Präsidenten der Schweizer Post hievte. Unschöne Geschichten, die dem Ruf der Eidgenossenschaft als eines wohlregierten und gut funktionierenden Staates kaum förderlich waren.

Coronavirus: Impfen und Testen im Appenzellerland

Corona hat die beiden Appenzeller Kantonsregierungen auch im abgelaufenen Jahr beschäftigt. Wichtige Schritte waren bei der Bekämpfung der Pandemie die Organisation und Durchführung der Impfungen.

Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen in Appenzell Innerrhoden gehörten schweizweit zu den ersten Geimpften. Bereits vor Weihnachten 2020 hatte eine mobile Impftruppe Freiwillige gegen Covid-19 geimpft. Der frühe Impftermin diente national dazu, im kleinen Rahmen die Logistikkabläufe und Verteilanforderungen zu testen.

Bereits wenige Tage nach dem Start der offiziellen schweizweiten Impfaktion gegen Covid-19 waren in Innerrhoden alle Termine ausgebucht. Mit den verfügbaren Impfdosen konnten bis Mitte Januar rund 450 Personen geimpft werden. Ende Mai forderte das Gesundheits- und Sozialdepartement alle Personen über sechzehn Jahren auf, sich für die Impfung anzumelden. Bis Ende Mai 2021 waren in Innerrhoden 3426 Personen vollständig geimpft (21,2 Prozent), 1867 (11,6 Prozent) hatten gemäss Statistik des Bundesamts für Gesundheit die erste Dosis erhalten.

Bald nach dem Start der Impfaktion kündigte das Innerrhoder Gesundheits- und Sozialdepartement im Februar Testreihen

von asymptomatisch Erkrankten in Gesundheitsinstitutionen und am Gymnasium an, Anfang Juni war auch das repetitive Testen in Firmen möglich. Dadurch sollten Ketten der Übertragung möglichst frühzeitig unterbrochen und Massenansteckungen unterbunden werden.

Zwischen dem 8. Juni 2020 und dem 1. Juni 2021 zählte Appenzell Innerrhoden laut Statistik des Bundesamts für Gesundheit 1156 laborbestätigte Corona-Erkrankte. Im gleichen Zeitraum wurden 15 Todesfälle registriert.

Ausserrhoden: Erste Dosen in Herisau und Heiden

Appenzell Ausserrhoden begann am 4. Januar mit den Coronaimpfungen. Die ersten Dosen des damals noch knapp vorhandenen Impfstoffs wurden in zwei



Bild: Carmen Wuest

Das Impfen ging im Appenzellerland gut voran.

Alters- und Pflegeheimen in Herisau und Heiden verabreicht, danach konnten sich alle impfwilligen Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen impfen lassen. Ab Mitte Januar plante der Kantonale Führungsstab, wöchentlich über tausend Personen gemäss der Priorisierung des Bundes in den beiden Impfzentren in Herisau und Heiden zu impfen. Anfang Mai meldete der Kanton, dass das Impfen zügig vorangehe und sich ab Mitte Mai alle Impfwilligen über sechzehn Jahren melden könnten. Bis Ende Mai 2021 waren in Ausserrhoden 10814 Personen vollständig geimpft (19,5 Prozent), und 8182 (18,2 Prozent) hatten gemäss Statistik des Bundesamts für Gesundheit die erste Dosis erhalten.

Auch in Ausserrhoden kündigte das Gesundheitsdepartement regelmässige Testreihen an, um das Virus einzudämmen. Seit Mitte Mai können Unternehmen, Schulen, Heime und öffentliche Verwaltungen über ein eigens eingerichtetes Portal serielle Tests anmelden und durchführen.

Zwischen dem 8. Juni 2020 und dem 1. Juni 2021 zählte Appenzell Ausserrhoden laut Statistik des Bundesamts für Gesundheit 3759 laborbestätigte Corona-Erkrankte. Im gleichen Zeitraum wurden 61 Todesfälle registriert. (ckö)